



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

L.: Die dritte Woche des Preußischen Landtags.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Die dritte Woche des Preussischen Landtags.

Das Herrenhaus hat sich in dieser Woche schweigend verhalten; die Herren sind eben stark beschäftigt mit Kommissionsberathungen über die ihnen diesmal sogleich in ungewohnter Menge zugegangenen Vorlagen. Das Abgeordnetenhaus hatte bisher in erfreulicher Weise sich mehr als sonst, unter möglichster Weglassung von Unnötigem und unter Meidung von Zeitverlust an die Erledigung der Geschäfte gehalten, aber mit Beginn dieser Woche nahen sich bereits böse Geister, um es von dieser Bahn abzuziehen oder Haß und Unfrieden aufs Neue zu säen. Es hängt mit der in etwas geänderten Haltung des Zentrums zusammen, daß von Schorlemer bei Berathung der Vorlage über die Wassergenossenschaften sich in gesuchtem Tadel der Regierung erging. Das Zentrum will sich nun einmal als reinpolitische Partei, und sogar als Vormund aller Bedrückten zeigen. Schorlemer that des Guten etwas viel, indem er sowohl die Unterlassung einer Kodifikation des ganzen Wasserrechts als auch umgekehrt die Ueberbürdung des Landtags durch jenen das letztere nur theilweise betreffenden Entwurf tadelte. Thut nichts, es gilt dem Zentrum nur um Hinweise, daß es mehr als andere Parteien praktisch auf Hebung des materiellen Wohlstandes aussehe. Auch bei Berathung des Entwurfs über Errichtung von Landeskultur-Rentenbanken am 2. Dezember führte dieser Volksbeglucker wieder das große Wort und trat als Beschützer der Landwirthschaft auf, welche er durch die vermehrte Einfuhr von Getreide für bedroht erklärte. Daß diese Einfuhr für Nichtlandwirthe nöthig gewesen, wurde dabei gar nicht beachtet. Es macht einen unsäglich verstimmenden Eindruck, als einzigen Grund dieses anscheinend so wohlwollenden Auftretens lediglich die schlimmste Verhezung von Parteien und Bevölkerungsklassen klar durchscheinen zu sehen.

Nach diesem schon in voriger Woche mit der Wucherfrage begonnenen Vorspiel steht der Session noch Manches vom Genre dieser salitiösen Agitation bevor. Um so mißlicher war es, daß plötzlich auch noch ein neckischer Kobold das Haus vom guten Vorsatze sachlicher Geschäftsbehandlung abzog. Es handelte sich um den Entwurf wegen Aenderungen in der Zuständigkeit einiger Ministerien und es stand schon fest, daß die Mehrheit mit der beabsichtigten Abtrennung der Domainen und Forsten vom Finanz- und ihrer Zutheilung zum landwirthschaftlichen Ministerium sowie der Aenderung im Ressort des Handelsministeriums einverstanden war. Der liberale Theil der Mehrheit fühlte sogar eine gewisse Befriedigung darüber, daß die Regierung die Winke befolgt hatte, welche ihr am 23. März d. J. bei Ablehnung der damaligen angeblich überstürzten ähnlichen Vorlage im Hause ertheilt waren. Gleichwohl und ohne

daß gegen den Inhalt des Entwurfs eine eigentliche Opposition sich erhob, gingen die Verhandlungen vom 2. und 3. Dezember fast völlig in der Erörterung einer bloßen Doktorfrage auf. Die Redner selbst bezeichneten so den Gegenstand ihrer umfangreichen Ausführungen, und doch schien jeder von ihnen wie mit magischer Gewalt auf das rein theoretische Gebiet sich gezogen zu fühlen. Daß bei solchen Aenderungen von Ressorts das Abgeordnetenhaus insofern mitzureden hat, als es sich um etwaige Mehrbewilligung von Geld handelt, stand auf allen Seiten fest; die Alles bewegende Frage bestand nur darin, ob die Regierung auch ohne Rücksicht auf den Geldpunkt die Aenderung hätte einseitig vornehmen können. Ein Anlaß zur Aufwerfung dieser Frage lag nicht vor; es genügte, sich daran zu halten, daß die Regierung durch Vorlegung des Entwurfs thatsächlich erklärt hatte, sie wolle jene Aenderungen nur mit Zustimmung des Landtages vornehmen. Man konnte froh sein, daß jene Frage auf die beste Art in Suspensio bleiben konnte, ja es lag sogar fern an sie zu denken. Sie wurde aber doch aufgeworfen und dadurch die Lage mißlich verschoben.

Kein Mann der Phrase, der Verschleppung oder des Kulturkampfes war es, der dieses Unheil anrichtete, vielmehr der Solidesten Einer, den wir noch lezthm auf Seiten des mehr praktischen Theils der Nationalliberalen erblickten, Herr Gneist. Derselbe ist nun einmal nicht ungestraft seit 34 Jahren Professor. Seine Ansicht, daß Aenderungen in den Ministerressorts von jeher in Preußen ein Vorrecht der Krone gewesen, hatte er mit besonderer Rücksicht auf die Berathungen jenes Entwurfs im Landtage in einer gelehrten Schrift veröffentlicht und bei der Berathung vom 2. Dezember machte er sie von der Tribüne mit dem Wunsche geltend, daß vor der 2. Lesung eine Verständigung über den Grundsatz mit der Regierung erzielt werde, weil sonst künftig aus der ohne Noth erfolgten Vorlage Verwickelungen, ja Rechtsunsicherheit entstehen könnten. Aber gerade durch diese Sorge für die Zukunft wurde für den Augenblick die Verwicklung nahe gebracht. Vier Redner verschiedener Parteien traten in ausführlichen staatsrechtlichen Erörterungen Gneist entgegen, und durch die Hervorziehung der grundsätzlichen Frage wurde nun freilich die Regierung Anstands halber genöthigt, ihr Recht des einseitigen Vorgehens in solchen Dingen, über das sie kluger Weise vorliegend einen Schleier hatte breiten wollen, wieder in Anspruch zu nehmen. Die Animosität, mit welcher Lasker gegen Gneist auftrat, mag ihren Grund wohl auch in der bei den lezten Reichstagswahlen zwischen beiden und ihren Anhängern hervorgetretenen Verschiedenheit der Richtungen innerhalb derselben Partei haben; Gneist's Widerlegung nahm Lasker einfach aus dem dessen Ansicht durch die That desavouirenden Verhalten der Regierung. Miquel stellte lezteres noch schärfer als unmittelbaren Ausfluß des

bestehenden Rechtes dar, wonach die betreffenden Vorrechte der Krone, in Folge der Koexistenz der ebenso absoluten Rechte des Abgeordnetenhauses bezüglich des Budgets beschränkt seien, und Hänel legte der Vorlage sogar die ganz prinzipielle und präjudizielle Bedeutung eines Eingeständnisses der Regierung bei, daß neue Organisationen der Ministerien, selbst wenn sie sich innerhalb der bewilligten Summe halten, doch nur auf Grund etatsmäßiger Bewilligungen des Hauses geschehen dürften. Nun konnte der schweigsame Vertreter des Ministerpräsidenten nicht mehr schweigen. Graf Stollberg's Aufgabe bei dieser seiner ersten Rede war nicht klein. Während einerseits der Regierung beim besten Willen nichts übrig blieb, als den veralteten Standpunkt wieder aufzunehmen, kam es andererseits darauf an, Schroffheiten dabei zu vermeiden. Ein geschickter Minister hätte sich hier zwingen können; aber was mußten wir sehen? Graf Stollberg entledigte sich der Aufgabe mit Ungeschick, indem er das Recht der Regierung zu einseitigem Vorgehen in viel schärferer Form als nöthig wahrte, ohne zu bedenken, daß er dadurch den Widerspruch gegen die Thatsache der Vorlage nur vergrößerte. Es kam das freilich wohl hauptsächlich von des Grafen großer Verlegenheit und Befangenheit. Auch ist er nichts weniger als ein Redner. Die ganze Lage wurde aber für die Regierung erst recht fatal, als Reichensperger nachwies, daß das Obertribunal den Erlaß vom 10. Oktober 1810, auf welchem bisher die Ressort-Eintheilung der Ministerien beruhte, für einen solchen erklärt habe, dem auch für die damalige Zeit des absoluten Staats die volle Bedeutung eines Gesetzes beizulegen sei, sodaß also Stollberg's Erklärung, daß die jetzige Vorlage nur freiwillig und aus Nützlichkeitsgründen erfolgt sei, recht wüthig Lügen gestraft wurde. Nun meinten Konservative wie von Zedlitz und Meyer-Urnswalde herbeieilen zu müssen, um ministerieller als das Ministerium für die Sache der Regierung auftreten zu müssen, allein glücklicher Weise wurde die ebenso unfruchtbare als nahe an die bedenklichsten Konflikte streifende Verhandlung beendet.

Einen minder seriösen, vielmehr gemüthlichen Anstrich hatte die am 4. Dezember begonnene Berathung des Theils des Stats, für welchen diesmal eine Kommissionsberathung nicht für nöthig befunden war. Bei der Verhandlung über das landwirthschaftliche Ministerium ließ sich Friedenthal mit gewohnter Geschäftigkeit angelegen sein, beruhigende Eröffnungen über die Handhabung des Fischereigesetzes, Regulirung von Wechsel und Rogat, sowie der Erntestatistik zu machen; Männer wie Sombart konnten sich nach Lust über die Rogatkrankheit der Pferde ergehen und Anderen war sogar gestattet, von der Tribüne zum Fischessen mit Wein einzuladen und über diesen wichtigen Punkt zu diskutieren. Wer weiß, ob sich nun das Zentrum nicht demnächst ähnliche Späße ausdenkt.

Im Uebrigen wurde die Statsberathung am 6. Dezember in zwei Punkten recht lebhaft: bei den Ansätzen für den Staatsanzeiger und bei denen für das Bureau des Staatsministeriums. Die Klagen bei beiden sind alle Jahr so ziemlich dieselben. Was beim Staatsanzeiger immer wieder Anstoß erregt, ist die Art, wie er die Parlamentsberichte bringt. Der den Etat im Hause vertretende Leiter des Blattes behauptet jetzt, wegen der vorjährigen Klagen sich größerer Objektivität bekleißigt zu haben. Nun hat Richter ermittelt, daß die Reden der Minister immer noch besser behandelt werden als die der Abgeordneten, als namentlich seine eigenen, und wurde in Entrüstung darüber recht verb gegen den Kommissar. Windthorst ist mit dem Vorschlage bei der Hand, die stenographischen Berichte beizulegen, bedenkt aber nicht die Kosten, die geringe Lust an so umfangreicher Lektüre und die Verspätung solcher Veröffentlichung.

Die halbamtliche Provinzialkorrespondenz wurde wegen polemischer, namentlich zur Zeit des letzten Wahlkampfes erschienener Artikel von fortschrittlicher, nationalliberaler und ultramontaner Seite zum Theil heftig getabelt, und ein konservativer Redner schien auch nicht ganz mit dem Blatte einverstanden zu sein. Wenn der Minister Graf Eulenburg einige Wendungen des Blattes desavouirte und Aenderung zuzusagen schien, so that er dasselbe, was sein Vorgänger 1877 bei gleicher Gelegenheit that. Es ist ja keine Frage, daß ein solches Blatt nicht ebenso wie ein Parteiblatt Polemik führen kann und darf, aber es will doch auch beachtet sein, daß einige der Opponenten Inhaber von periodisch erscheinenden Korrespondenzen oder Inspiratoren von Blättern sind, z. B. der heftig auftretende Richter Inhaber der fortschrittlichen Korrespondenz, welche durch ihre hämische Dialektik selbst seinen Parteigenossen unheimlich geworden war, und Rickert, der seit Behrenpfennig's Ernennung die zur letzten Wahlzeit auf das ordinärste fortschrittliche Niveau gesunken gewesene „Nat.-Lib. Korr.“ leitet und jetzt sehr empfindlich that. Unbefangene werden sich sagen müssen, daß die Haltung eines Blattes wie das angegriffene sehr schwierig sein muß, denn einerseits herrscht Einmüthigkeit darüber, daß es befugt sein soll, die Ansichten der Regierung in einzelnen Fällen zu bezeichnen, andererseits aber soll es sich auch aller Angriffe enthalten. Die Männer sollen aber noch zu finden sein, welchen diese Quadratur des Kreises gelingt. Gibt man dagegen zu, daß von der Belehrung des Blattes Angriffe unzertrennlich sind, so wird über die Einhaltung des zulässigen Maßes derselben in letzter Hand immer der Minister des Innern entscheiden müssen, d. h. es werden Beschwerden wie jene bei jeglicher Statsberathung vorkommen. Die Abgeordneten Schröder, Schorlemer und Windthorst wiederholten die täglich in der Presse vorkommenden Behauptungen von einem offiziellen Schreiberheere. Es scheint, daß man der

Grenzboten IV. 1878. 55

Regierung in politischen Ansichten nahestehende Personen im Auge hat, welche sich, der Vermuthung nach, ganz privatim mit einzelnen Parteiorganen in Verbindung gesetzt haben mögen. Es kann ja sein, daß selbst Minister nebenbei journalistisch thätig sind; Bismarck soll zuweilen Notizen in die Norddeutsche Allgemeine Zeitung „Lancirt“ haben. Wer nun so etwas ausgewittert zu haben glaubt, scheint darum doch das betreffende Blatt nicht ein offziöses nennen zu dürfen. Diese Verwechslung findet sich täglich in der Presse und richtet viel Verwirrung an. Graf Eulenburg scheint also ganz recht zu haben, wenn er die Norddeutsche Allgemeine Zeitung und ähnliche Blätter gänzlich zurückwies. Dieser mit jedem jungen oder alten Jahr wiederkehrende Krieg wegen der Regierungspresse ist wie eine Schlange, die sich in den Schwanz beißt: es kommt niemals etwas direkt dabei heraus. Doch wollen wir damit die ganze Erörterung keineswegs verwerfen; es kann sein, daß indirekt heilsame Folgen auf der einen oder anderen Seite daraus entstehen.

Die Woche schließt in Spannung über nahe bevorstehende Mittheilungen wegen des sogenannten kleinen Belagerungszustandes über Berlin und in Voraussicht stürmischer Debatten aus Anlaß eines Kriegsplanes der Ultramontanen.

Berlin, den 8. Dezember 1878.

L.

Literatur.

Bericht über die Weltausstellung in Philadelphia von 1876, herausgegeben von der österreichischen Kommission. Wien, 1877 und 1878; im Kommissions-Verlag der k. k. Hofbuchhandlung von Faesly und Frick.

Der in dem in 26 Heften vollständig vorliegenden Werke enthaltene Bericht der österreichischen Kommission hat sich ein viel höheres Ziel gesteckt, als den, nur eine ausführliche Darstellung des in Philadelphia Gesehenen zu geben. Er bietet ein umfassendes klares Bild des industriellen Lebens und Treibens, der industriellen Errungenschaften und Probleme der transatlantischen Republik. Dieses Werk ist daher vorzugsweise geeignet, falsche Vorstellungen oder Vorurtheile zu berichtigen und Fingerzeige zu geben darüber, in wie weit und warum die Amerikaner uns in Manchem voraus sind, oder wo ein geeignetes Feld für die europäische und namentlich deutsche Mitbewerbung sich zu bieten scheint.

Die Darstellung des Maschinen-, Instrumenten- und Werkzeugbaues in